

Der Ausschuss schlägt folgende Beschlussfassung vor:

**Die Jahresrechnung der Stadt Schortens für das Haushaltsjahr 2004 wird in der vorliegenden Fassung gem. § 101 Abs. 1 NGO beschlossen. Die Entlastung des Gemeindedirektors bis 31. 10. 2004 und des Bürgermeisters ab 01. 11. 2004 gem. § 101 Abs. 1 NGO wird erteilt.**

RM Just erklärt, dass das Haushaltsjahr 2004 mit einem Fehlbetrag von rd. 750.000 € abschließt. Zusammen mit dem Fehlbetrag aus 2005 und dem geplanten Defizit für 2006 ist Ende des Jahres mit einem Minus von über 2 Mio. € zu rechnen. Für ihn ergibt sich daraus, dass die bisherigen Anstrengungen zur Haushaltskonsolidierung noch nicht ausreichend waren. In diesem Zusammenhang mahnt er für die BfB-Fraktion zusätzliche Sparbemühungen an. Der Vorschlag seiner Fraktion, gemeinsame Anstrengung zu einem Haushaltsausgleich in den nächsten maximal 3 Jahren zu unternehmen, wurde im Fachausschuss leider abgelehnt. Diese Anstrengung ist seiner Meinung nach aber nötig, weil nicht auf mehr Geld vom Bund oder Land gerechnet werden kann. Im Gegenteil, dort werden im Zusammenhang mit möglicherweise kostenfreien Kindergartenplätzen und zusätzliche Betreuung von Kinder unter 3 Jahren neue Belastungen auf die Stadt zukommen. Für ihn bedeutet das, dass die Kommunen sich selbst helfen müssen.

BM Böhling erläutert zur Klarstellung, dass im Haushaltsplan 2006 der festgestellte Fehlbetrag in Höhe von ca. 750.000 € aus dem Jahr 2004 schon mit einbezogen worden ist. Das Jahresergebnis 2005 ist erheblich besser geworden als geplant. Rat und Verwaltung sind sehr engagiert, was Sparbemühungen angeht. Man darf sich jedoch nicht kaputt sparen. Die öffentlichen Einrichtungen und Freizeiteinrichtungen müssen gut erhalten werden, damit Schortens weiterhin attraktiv bleibt sowohl für Investoren als auch für Neubürgerinnen und Neubürger, für die, wie gerade beschlossen, ein Neubaugebiet ausgewiesen wurde.

RM Torkler ist der Meinung, dass der Bürger zu Recht erwarten kann, dass die Steuerleistungen, die er erbringt, nicht nur verwaltet werden. Die Stadt muss Dienstleistungen und Angebote im schulischen, kulturellen und Kindertagestättenbereich sowie allen anderen Bereichen, die unsere Stadt lebenswert machen, vorhalten. Man sollte sensibel vorgehen und dort, wo es machbar und notwendig ist, sollten Kürzungen vorgenommen werden. Das sollte aber nicht im Sinne von Kaputtsparen geschehen, was dem Ansehen der Stadt schaden und Bürger und Neubürger verprellen könnte.

RM Freygang erklärt, dass in den letzten Jahren schon viele Einsparpotentiale genutzt und Einnahmeverbesserungen erzielt wurden. Er ist der Meinung, dass die Diskussion jedoch nicht dem Tagesordnungspunkt entspricht, denn es soll über die Jahresrechnung 2004 abgestimmt werden.

Der vorstehende Vorschlag wird beschlossen.